

Peter Mukelt

**WILLY BRANDT, HELMUT SCHMIDT,
PARTNER UND RIVALEN. DER BRIEFWECHSEL (1958-1992),
HERAUSGEGEBEN UND EINGELEITET VON MEIK WOYKE,
WILLY-BRANDT-DOKUMENTE, BAND 3
[BONN: VERLAG J.H.W. DIETZ NACHF.,
OKT. 2015, 1101 S.]**

Bemerkenswert frühzeitig, etwas über zwanzig Jahre seit dem letzten Briefwechsel, wird eine Dokumentation der gesamten Korrespondenz zwischen dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler und seinem Nachfolger im Kanzleramt vorgelegt, mit insgesamt 717 Briefen. Selbst persönliche und vertrauliche Schreiben, üblicherweise erst nach längerer Sperrfrist zugänglich, sind nicht ausgelassen worden. Abdruckgenehmigungen erteilten noch Helmut Schmidt selbst sowie Brandts Ehefrau Brigitte Seebacher.

In den zeitgeschichtlichen Kontext führt ein umfassender Überblick des Herausgebers Meik Woyke ein. Zusätzlich wird jeder einzelne Brief erläutert. Was immer man zum Verständnis der Korrespondenz wissen muss, man erfährt es detailliert. Woyke leitet das Referat „Public History“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

Die zeitgeschichtlich bedeutende Edition des Briefwechsels ist außerordentlich positiv aufgenommen worden:

Dieser Briefband ist *ein Ereignis: Denn wohl noch nie hat man einen so intimen Blick auf die Kommunikation unter Mächtigen als Kern von Regierungs-*

kunst werfen können. (Alexander Cammann: Zwei ganze Kerle, Die Zeit, Nr. 44, 29.10.2015)

Jetzt kann sich die Öffentlichkeit ein Bild von den Höhen und Tiefen dieser wohl bedeutendsten Politikerbeziehung in der Geschichte der Bundesrepublik machen. [...] Die Dokumente ermöglichen einen unverstellten Blick in das Machtzentrum der damaligen Republik. (Klaus Wiegrefe: „Grenze der Selbstachtung“, Der Spiegel, Nr. 41, 2.10. 2015)

Die wissenschaftlich fundierte und exzellent annotierte Edition, eine Pionierarbeit, bietet Einblicke in die nicht selten komplizierten Beziehungen zweier zentraler Persönlichkeiten in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die bemerkenswert offen miteinander kommuniziert haben, auch bei unterschiedlichen, sogar konträren Ansichten.

Vor allem aber dokumentiert der Schriftwechsel das Ringen der beiden Politiker um ihr Verhältnis. Sie benennen ihre Differenzen, kritisieren sich hart, aber immer wieder versuchen sie, sich zusammenzuraufen. (Klaus Wiegrefe)

Im folgenden Beitrag soll aus der Fülle der Informationen herausgegriffen werden: Wie spiegeln sich in ihrem Meinungs austausch die deutsch-polnischen Beziehungen wider und wie haben beide diese bewertet? Aufschlussreich sind dabei auch ihre jeweiligen Kontakte zu den Akteuren auf polnischer Seite.

Ende August 1967 schickt Willy Brandt an Helmut Schmidt das Manuskript seiner Rede auf dem Parteitag der Bremer SPD über „Grundlagen der heutigen deutschen Außenpolitik“. Brandt war Außenminister der ersten Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD von 1966 bis 1969, Schmidt Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Im Vorgriff auf seine Entspannungs- und Ostpolitik als Bundeskanzler forderte Brandt als Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen die Aussöhnung mit Polen und der Tschechoslowakei (S. 154/155).

Brandt wurde im Oktober 1969 als erster Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt, Schmidt übernahm das Verteidigungsministerium. Eine der ersten Entscheidungen der neuen Bundesregierung aus SPD und Freien Demokraten war die Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags, die bisher in der Großen Koalition von der CDU/CSU verhindert worden war. Anfang Dezember 1969 bereits begannen Gespräche über einen deutsch-sowjetischen Gewaltverzicht. Mit Polen verhandelte die Bundesregierung über einen Grenz-, Normalisierungs- und Gewaltverzichtsvertrag bald darauf, ab Februar 1970 (S. 277).

Zu Irritationen innerhalb der SPD/FPD-Koalitionsregierung kam es, als Brandts Brief als SPD-Vorsitzender an den Vorsitzenden der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Władisław Gomułka, bekannt wurde. Außenminister Walter Scheel (FDP) konnte beruhigt werden, indem der vom Bundeskanzleramt beauftragte Verhandlungsführer für den Vertrag mit Polen Mitte Juli in den Ruhestand verabschiedet wurde, womit Brandt den Koalitionspartner im Auswärtigen Amt bei den Verhandlungen aufwerten wollte (S. 289).

Ein erfolgreicher Vertragsabschluss mit Polen war aber erst mit Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12.8.1970 möglich, in dem die Unverletzlichkeit sowohl der Grenze zur DDR als auch der polnischen Westgrenze vereinbart wurde.

Der deutsch-polnische Vertrag wurde am 7.12.1970 in Warschau unterzeichnet. Die CDU/CSU-Opposition leistete heftigen Widerstand, wollte die Oder-Neiße-Grenze höchstens respektieren, keinesfalls jedoch völkerrechtlich anerkennen.

Die politischen Fundamente der Ostpolitik waren gelegt. Bundeskanzler Brandt wollte nun auch die wirtschaftlichen Beziehungen verbessern. An Schmidt, der inzwischen ins Finanzressort gewechselt war, schrieb er: *Sehr geehrter Herr Kollege, die für dieses Jahr geplanten Kontakte mit der politischen Führung mehrerer osteuropäischer Staaten lassen eine erneute Diskussion über die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Staatshandelsländern nützlich erscheinen. Dabei wird wohl das Problem einer öffentlichen Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Bedeutung gewinnen. Hierzu sind von Ihnen Bedenken geäußert worden, die ich im Ansatz durchaus teile.*

Brandt konzidierte dem Finanzminister zwar, bei öffentlicher Förderung: *sollten wir uns deshalb darum bemühen, wirtschafts- und insbesondere haushaltspolitischen Notwendigkeiten weitgehend Rechnung zu tragen* stellte dann aber sein Konzept zum Ausbau wirtschaftlicher Kooperation mit gezielten Zinssubventionen vor. Wichtig sei ihm eine schnelle Einigung angesichts des bevorstehenden Besuchs von Generalsekretär Leonid Breschnew aus der Sowjetunion.

Wichtig ist eine solche Klärung auch für die Vorbereitung des Besuchs des polnischen Parteichefs (Brief vom 23.4.1973, S. 510/511).

Schmidt legte seine Bedenken auch Außenminister Scheel dar, „Polen oder einen anderen Warschauer-Pakt-Staat durch zu stark subventionierte Kredite zu fördern. Es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, selbst wenn dies im Interesse der Neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition lag. Außerdem bestehe die Gefahr, die westlichen Partner, namentlich USA, Frankreich und Großbritannien, durch solche freizügigen Kreditgewährungen zu verstimmen.“ (Brief von Bundesfinanzminister Schmidt an Außenminister Scheel, 10.10.1973, Fußnote, S. 534).

Erneut intervenierte Schmidt beim Außenminister im April 1974. Er bat ihn, „sich bei seinen deutsch-polnischen Gesprächen auf die Klärung der Positionen in der Umsiedlerfrage zu beschränken. Hinsichtlich des Finanzkredits und der Rentenregelung werde bei entsprechendem Interesse aus Polen eine Verhandlungskommission unter der Federführung des Bundesfinanzministers eingerichtet werden.“ (Brief von Schmidt an Scheel, 9.4.1974, Fußnote, S. 575).

Bundeskanzler Brandt bekam eine Durchschrift.

Erst als Schmidt selbst Bundeskanzler war, verzichtete er auf die Funktion als Vetomacht. In einem Vieraugengespräch in Helsinki, am Rande der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1.8.1975, bereitete er mit Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, ein Abkommen über die Renten- und Unfallversicherung vor (S. 653).

Im Juni 1976 kam endlich auch Giereks Staatsbesuch der Bundesrepublik zustande. Dabei lud Schmidt den Gast in sein Privathaus in Hamburg ein, bat Willy Brandt hinzu, der am Abendessen teilnahm (S. 663/664).

Als Brandt noch Bundeskanzler war, bis Mai 1974, hatte sich der Besuch immer wieder verzögert, nicht zuletzt weil von polnischer Seite zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen entsprechende Kreditzusagen erwartet wurden (S. 511).

Brandt besuchte Polen Ende Juni/Anfang Juli 1977, als SPD-Vorsitzender, begleitet von Hans-Jürgen Wischniewski, Staatsminister im Bundeskanzleramt. Im November folgte Bundeskanzler Schmidt „und konnte an die von Brandt geführten Gespräche anknüpfen“ (Fußnote, S. 728).

Ende 1981 kam es zum Dissens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Schmidt. Reagan trat für Sanktionen gegen das unter Kriegsrecht stehende Polen ein – nach Gründung der Gewerkschaft Solidarność im Sommer 1980 kam es zu Protestaktionen für innenpolitische Reformen. Schmidt dagegen sprach sich „für eine zwar kritische, aber gesichtswahrende Politik der kleinen Schritte gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten“ aus (Fußnote, S. 884).

Auch Brandt riet zur Mäßigung. Seine als Präsident der Sozialistischen Internationale veröffentlichte Erklärung zur Lage in Polen „wurde von den SI-Mitgliedsparteien in Frankreich und Italien als zu unkritisch gegenüber der Regierung in Warschau bewertet“ (Fußnote, S. 886).

Anfang Dezember 1985 wurde Brandt von der polnischen Regierung anlässlich des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages eingeladen. Sowohl von der polnischen Opposition als auch in der Bundesrepublik ist kritisiert worden, dass Brandt den Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Lech Wałęca, trotz dessen Bitte nicht besucht hat.

Selbst als „anderer Deutscher“, der sich dem NS-Regime widersetzt hatte, begründete er diese Zurückhaltung mit der historischen Verantwortung der Bundesrepublik angesichts der vom nationalsozialistischen Deutschland gegenüber Polen verübten Verbrechen.

Der Herausgeber führt Literatur auf, in der bei Brandt aber auch Sorge vor der Gefährdung der Friedens- und Entspannungspolitik gesehen wird.

Brandt traf sich jedoch mit Tadeusz Mazowiecki, ehemaliger Chefredakteur der verbotenen Tagesszeitung Solidarność, sowie mit drei weiteren Beratern Wałęças. Beim Staats- und Parteichef Jaruzelski setzte er sich für Reisemöglichkeiten des Geschichtsprofessors und Regimekritikers Bronisław Geremek ein. Mit Kardinal Glemp, Oberhaupt der katholischen Kirche Polens, kam ein Treffen zustande.

Über seinen Besuch schickte Brandt an Bundeskanzler Schmidt „die – von mir nicht korrigierten – Vermerke“ begleitender Mitarbeiter (S. 948).

Schmidt liest *mit Interesse und Sorgfalt*. Ihm fällt auf, *daß von polnischer Seite mehrfach von einem „Rückschritt in den bilateralen Beziehungen Anfang der achtziger Jahre“ geredet wird. [...] Ich würde gern wissen: was haben die Polen damit gemeint?*

Die Verschlechterung hing nicht zuletzt mit dem NATO-Doppelbeschluss zur Aufstellung von neuen, mit Atomsprenköpfen bestückten Raketen und Marschflugkörpern zusammen. (S. 948–951).

Im Oktober 1985 führte Schmidt, seit Oktober 1982 kein Bundeskanzler mehr, Gespräche in Polen. Brandt erhielt von Schmidt Vermerke seiner Mitarbeiter. Schmidt ergänzte diese mit Bemerkungen zu den Gesprächspartnern, *mit der Bitte um höchst persönliche Vertraulichkeit*. Schmidts Gesprächspartner waren Kardinal Glemp, Józef Cyrek, Außenminister von 1980 bis 1982, General Jaruzelski, Mieczyslaw Rakowski, stellvertretende Präsident des Sejm, Edward Gierek (S. 958–961).

Kurz vor seinem Tod wurde Helmut Schmidt zu der Edition des Briefwechsels sowie zur Auseinandersetzung mit und innerhalb der SPD über die Frage des NATO-Stationierungsbeschlusses befragt: *Ob er einen Blick in die jüngst erschienene Edition seines Briefwechsels mit Willy Brandt werfen konnte? „Damit können die nichts anfangen, die uns beide nicht erlebt haben.“ Weshalb Willy Brandt, dieser große Ostpolitiker, auf dem SPD-Parteitag 1983 sich letztlich so geirrt habe, als er mit der überwältigenden Mehrheit gegen Schmidts Politik des Nato-Doppelbeschlusses stimmte und den vormaligen Kanzler im Stich ließ? „Er fürchtete wohl um sein Erbe. Ich war mir aber innerlich sicher, dass die Sowjetunion am Ende nachgeben würde, weil sie nachgeben musste.“ Ob Brandt ihm je bestätigt habe, dass er, Schmidt, recht hatte? „Später machte er mir einmal eine Bemerkung, die so zu verstehen war. Und schließlich, am Ende, war unsere Versöhnung echt und tief empfunden.“* (Robert Leicht: Helmut Schmidt: Eine letzte Begegnung, Zeit Online, 11.11.2015).

Zur Relevanz des Meinungs Austausches heute: Wenn Helmut Schmidt nicht bloß eine weitere Kostprobe seines gern demonstrierten hanseatischen Understatements geben wollte, bleibt nur zu hoffen, dass das Gegenteil eintritt. Denn mit dieser Korrespondenz muss man sich sogar auseinandersetzen. Angesichts der akuten politischen und militärstrategischen Diskussionen und Entscheidungen sind die Passagen zur Entspannungspolitik einschließlich der deutsch-polnischen Beziehungen wieder hochaktuell. Erlebt die gefährliche Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges eine Renaissance? Oder kann Friedens- und Entspannungspolitik erneut einen Durchbruch zu gemeinsamer Sicherheit organisieren?

Erste Forderungen nach Rückbesinnung lassen hoffen.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD): *Was wir jetzt nicht tun sollten, ist, durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuhetzen.*

Es wäre fatal, jetzt den Blick auf das Militärische zu verengen und allein in einer Abschreckungspolitik das Heil zu suchen. Die Geschichte lehre, dass es neben dem gemeinsamen Willen zur Verteidigungsbereitschaft immer auch die Bereitschaft zum Dialog und Kooperationsangebote geben müsse. (Gegenüber Bild am Sonntag, 19.6.2016)

Der Russland-Beauftragte der Bundesregierung, Gernot Erler (SPD): *Wir erleben einen unkontrollierten militärischen Eskalationsprozess, der anscheinend nicht zu stoppen ist. [...] Genau aus solchen Entwicklungen heraus entstehen unkontrollierte Situationen bis hin zum Krieg. [...] So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen ein Stoppsignal, bevor es zu spät ist.* (Interview mit der Passauer Neuen Presse, 23.6.2016).